

SRG-INITIATIVE FÜHRT ZU ZENTRALISIERUNG

Das Leben in einer modernen, komplexen Welt – insbesondere in der demokratischen, viersprachigen Schweiz mit Rede- und Meinungsäusserungsfreiheit – bringt es mit sich, dass wir als Zivilbevölkerung über Ereignisse, Trends und Entwicklungen von unabhängiger Stelle informiert sein wollen und sollen. Die SRG – als Verein nicht vom Bund, sondern über öffentliche Serafe-Gebühren finanziert – hat genau diesen Auftrag. Sie bedient Konsumentinnen und Konsumenten auf den drei Ebenen Radio, Fernsehen und Internet mit qualitativ hochstehenden Berichten aus aller Welt, aus der Schweiz und vor allem aus den Regionen zu den Bereichen Information, Kultur, Unterhaltung und Sport. Dabei wird auch die Vielfalt der Meinungen widerspiegelt, was wiederum zu der eigenen Meinungsbildung beiträgt.

Die Volksinitiative «200 Franken sind genug» verlangt nun unter anderem eine Senkung der erwähnten Gebühren für die SRG von heute 335 auf 200 Franken pro Jahr und Haushalt. Diese massive Reduktion der finanziellen Mittel würde unweigerlich eine Zentralisierung der Berichterstattung und einen Abbau der Leistungen nach sich ziehen. Bekanntlich ist mit Zentralisierung jedoch immer auch ein Verlust von Identität verbunden. Ein Abbau der Leistungen hiesse zudem, den Regionaljournalismus in seiner ganzen geografischen, gesellschaftlichen und sprachlichen Vielfalt aufgeben zu müssen. Als unschöne Folge würden wir uns weg von der Lieblingsmoderatorin und ihrem sympathischen Dialekt hin zu einem anonymen Einheitsbrei möglicherweise in englischer Sprache wenden, generiert einerseits von Maschinen und unterstützt von Milliarden.

Wie und von wem wollen wir uns also über das politische, kulturelle und sportliche Geschehen in den Regionen und der Schweiz informieren lassen? Wertschätzen wir doch die Dienstleistung der SRG. Der Preis von 335 Franken (ab 2029 noch 300 Franken) pro Jahr und Haushalt ist gering, macht er doch laut Bundesamt für Statistik von 2023 neben Netflix, Zeitschriften, Zeitungen und Spotify gerade mal 10 Prozent der Gesamtausgaben für Medien in einem durchschnittlichen Schweizer Haushalt aus. Legen wir also am 8. März ein überzeugtes Nein zu «200 Franken sind genug» in die Urne, den Post- oder elektronischen Briefkasten.

*Beatrice Mahrer-Locher,
Scharans*